



Im Oktober 2002 – zum 10. Todestag von Willy Brandt – sagte Ministerpräsidentin Heide Simonis in Lübeck: „Wir werden auf der Suche nach Willy Brandts Heimat nicht fündig werden.“ Sie wies auf die vielen Wirkungsstätten des Politikers hin – Lübeck, Oslo, Stockholm, Berlin und Bonn – , wirklich zu Hause gewesen sei er jedoch nur in seiner „universalen Vision von Gerechtigkeit und Frieden“.

Dieser Bewertung eines wahrhaft visionären Politikers scheint nichts hinzuzufügen zu sein, denn der Vorsitzende der Nord-Süd-Kommission (gemeint ist die „Unabhängige Kommission für internationale Entwicklungsfragen“ der UNO, die Willy Brandt ab 1977 leitete und deren bis heute gültiger Bericht von 1980 eng mit seinem Namen verbunden ist) war auf dem Höhepunkt seines Wirkens ein den Zielen „Freiheit“ und „Frieden“ verpflichteter „Weltinnenpolitiker“. Und dennoch ist dies nur die halbe Wahrheit: Brandt war ein begeisterter Patriot. So war er am Ende seines Lebens nur auf eines richtig stolz: die Begriffe „Deutschland“ und „Frieden“ miteinander versöhnt zu haben.

Günter Grass möchte ich Recht geben, wenn er zum Plan eines „Willy-Brandt-Hauses“ in Lübeck sagt: „Willy Brandt bedarf keiner Gedenkstätte, wohl aber einer Werkstatt, die geräumig genug ist, seine immer noch tragfähigen Gedanken mit den Problemen unserer Tage zu belasten.“ Brandt war – durchaus im Unterschied zu vielen seiner Nachfolger und heutigen Lobredner – ein Politiker mit klaren Grundsätzen und Zielen, mit moralischen Maximen und tiefer sozialer Verankerung. Sein jüngster Biograf, Peter Merseburger, bezeichnet ihn in seinem Buch als „Visionär und Realist“.² Der Friedensnobelpreisträger wurde nicht nur für seine Ideen, sondern für seine Leistungen ausgezeichnet: Er hat, heißt es in der Erklärung des norwegischen Storting von 1971, „im Namen des deutschen Volkes die Hand ausgestreckt zur Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern. Er hat im Geiste des guten Willens eine hervorragende Leistung vollbracht, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen.“

„Visionär und Realist“ – Willy Brandt überwand in seiner Person scheinbare Gegensätze, ja, er verstand sie miteinander zu kombinieren: Er war ein Weltbürger und blieb doch immer von seiner Lübecker Heimat geprägt – ein Kosmopolit und ein Heimatbeweger. Er war ein radikaler Sozialist, der mit seiner Partei brach und später zu ihr zurückkehrte, ein linker Widerstandskämpfer und ein Mann der Volksfront, der Positionen des „Kalten Krieges“ übernahm und zum Hauptfeind der Sozialistischen Einheitspartei in der DDR wurde, ein Freiheitskämpfer, der nie mit Waffen, sondern immer mit Wort und Schrift agierte, und der gerade deshalb authentisch war, als er die Friedensbewegung mahnte. Ein Politiker des Wandels mit den sich verändernden politischen Bedingungen, der aber immer – genauer: fast immer – seinen früh gefundenen Prinzipien treu blieb. Es

Gert Börnsen: Willy Brandt – Visionär und Realist¹

¹ Es handelt sich um einen Vortrag, den der Autor am 1. Dezember 2002 auf dem Willy-Brandt-Forum in Lübeck gehalten hat.

² Jüngst erschienene Biografien: Peter Merseburger: Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist, München 2002 und Gregor Schöllgen: Willy Brandt. Die Biographie. Berlin/München 2001.

3 Der schriftliche Nachlass Willy Brandts wird ediert in: Willy Brandt. Berliner Ausgabe in 10 Bänden. Hrsg. im Auftrage der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler. Bisher erschienen im Verlag J.H.W. Dietz Nachf.:

Band 1: Einhart Lorenz (Bearb.): Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck. Exil in Norwegen 1928-1940.

Band 2: Einhart Lorenz (Bearb.): Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil. Rückkehr nach Deutschland 1940-1947.

Band 4: Karsten Rudolph (Bearb.): Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947-1972.

Band 5: Karsten Rudolph (Bearb.): Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972-1992.

Band 7: Wolther von Kieseritzky (Bearb.): Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974.

Band 9: Frank Fischer (Bearb.): Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage. Zum publizistischen Werk Willy Brandts vgl. auch: Willy Brandt: Personalbibliographie. Zusammenestellt von Ruth Großgart, Hermann Rösch-Sondermann, Rüdiger Zimmermann und Horst Ziska. Hrsg.: Bibliothek der sozialen Demokratie/ Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung., Bonn-Bad Godesberg 1990.

wundert nicht, dass dieser Mann mit all seinen Qualifikationen und Talenten, mit seinen großartigen außenpolitischen Erfolgen und seinen fatalen innenpolitischen Fehlern, auch persönlich gespalten war: witzig und humorvoll, aber auch ablehnend und misstrauisch, er konnte lachen und ausgelassen sein, aber sich auch tagelang im Bundeskanzleramt in tiefen Depressionen einschließen.

Die Hansestadt Lübeck, die für Brandt, der damals noch Herbert Frahm hieß, Ausgangspunkt seines politischen Engagements war, blieb Zeit seines Lebens gefühlte Heimat. „Ich trug immer ein Stück Lübeck in mir“, heißt es in seinen Erinnerungen.³ Auch ich durfte manchmal dabei sein, wenn er bei all seinen Wahlkampfreisen quer durch Deutschland die letzte Kundgebung am Samstag vor der Wahl in Lübeck abhielt. Bernd Saxe erinnerte kürzlich daran, dass er dann gern die Gelegenheit nutzte, nach Abschluss der Veranstaltung und nach dem Essen und einem guten Glas Wein im kleinen Kreis, seinen Mitarbeitern „auszubüxen“ und ganz allein ein wenig durch die Gassen der alten Hansestadt zu streifen.

Herbert Frahm, geboren 1913 – im Todesjahr des „Arbeiterkaisers“ August Bebel – wuchs im Arbeitervorort St. Lorenz auf. Er wurde „in den Sozialismus sozusagen hineingeboren“ (Zitat Brandt) und von Mutter und Großvater, die aus dem Mecklenburgischen stammten, in die Welt der Arbeiterbewegung eingeführt. Seine eigentliche Familie wurden die Kindergruppe des Arbeitersportvereins, die sozialistischen Kinderfreunde, die Sozialistische Arbeiterjugend, die Sozialdemokratische Partei. Gegenüber dem traditionsreichen hanseatischen Großbürgertum, das Thomas Mann beschrieb und das Frahm in den Jahren vor dem Abitur am Johanneum kennenlernte, aber auch gegenüber dem von Heinrich Mann karikierten kleinbürgerlichen Wilhelminismus der Zeit bildete die schützende Organisiertheit der Arbeiterbewegung für ihn das andere Lübeck.

Die Gegensätze in seiner Heimatstadt prägten den jungen Mann ebenso stark wie das spätere Exil im skandinavischen „Volksheim“: „Concordia domis, foris pax“ – Eintracht im Innern, Friede nach außen – die Inschrift des Lübecker Holstentores las er jeden Morgen, wenn er zur Schule ging und abends noch einmal, wenn er mit dem Rad in die Innenstadt fuhr. Es verwundert daher nicht, dass er sich diese Maxime zu eigen machte – und dass sie die Reden des Kanzlerkandidaten seit 1960 ebenso durchzieht wie die Regierungserklärung von 1969 – in seinen Worten: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen.“

„Im höchstpersönlichen Sinn“, schreibt Willy Brandt, wurde ihm die Hansestadt das „Tor zum Norden“. Der Emigrant kam nicht in eine ihm völlig fremde Welt, im Gegenteil: Überall in Skandinavien begegnete ihm ein Stück der Hanse, „ein Stück Lübeck“. Und hier fand er seine politische Sozialisation, die mit den Lübecker Erfahrungen zusammenfloss: Toleranz, Liberalität und politischer Pragmatismus der Sozialdemokratie Norwegens und Schwedens wurden zu Wesensmerkmalen des Politikers, die ihn von seinen Mitstreitern Helmut Schmidt und Herbert Wehner wesentlich unterschieden und



Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt auf einer Postkarte um 1968. Das „Autogramm“ ist in Tintenblau gedruckt. (Horster Ortsarchiv)

die den Parteivorsitzenden Willy Brandt über die meisten Vorgänger und Nachfolger herausragen lassen.

Als Brandt 1972 Ehrenbürger der Stadt Lübeck wurde, sprach der Bürgermeister im Vergleich zum Ehrenbürger Thomas Mann vom Verhältnis der Stadt zu solchen Söhnen, „die sie früh verlassen und es später in der Welt zu Ansehen und Anerkennung gebracht haben“. Bei seinem 75. Geburtstag im Jahre 1988 sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker, dessen Familiengeschichte selbst mit der Nazi-Herrschaft verstrickt ist: „Ihre Lebensgeschichte, Herr Brandt, ist ein deutsches Schicksal dieses Jahrhunderts, in seinen Kriegen und im Frieden, zu Hause und in der Fremde, unter Zwang und in der Freiheit. Ihnen ist in der Politik etwas ganz Seltenes gelungen: In ihrer Person haben Sie die Spannung zwischen Macht und Moral aufgehoben“.

Tatsächlich hat Willy Brandt die deutsche Nachkriegsgeschichte geprägt wie vor ihm nur Konrad Adenauer. Nach einer Umfrage aus dem Frühjahr 2002 gilt Brandt mit 33 Prozent den meisten Deut-

schen als politisches Vorbild, vier Punkte vor Adenauer. Dabei hatte seine Biografie in zahlreichen Wahlkämpfen für Schmutzkampagnen und übelste Diffamierungen Anlass geboten. Das uneheliche Kind einer alleinerziehenden Mutter – zu der übrigens seine erste Reise im zerstörten Deutschland 1945 führte –, das politische Sektierertum des jungen Brandt, der es in der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) bis in die engere Führung schaffte, das Engagement als publizistischer Beobachter im Spanischen Bürgerkrieg gegen Francos von der „Legion Condor“ unterstützte Truppen, das ausländische Exil, während der deutsche Widerstand vom Volksgerichtshof hingerichtet oder im KZ unterdrückt wurde, der Namenswechsel, die norwegische Staatsbürgerschaft und die norwegische Uniform, mit denen der Überlebende nach Deutschland zurückkam. Dass die Nationalsozialisten Brandt die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt hatten und der Staatenlose erst nach Jahren einen neuen Pass bekam, dass Uniform und Pass Voraussetzung waren für die Einreise als Berichterstatter der norwegischen Regierung beim Nürnberger Prozess und dass Brandt nie Soldat war und nie mit dem Gewehr gekämpft hatte: All das nahmen seine Gegner lange Zeit nicht zur Kenntnis.

In den Jahren des Exils hatte Brandt seine politische Heimat in der skandinavischen Sozialdemokratie gefunden, die 1932 in Schweden und 1934 in Norwegen die Regierung übernahm und deren Mitglied er wurde (indem er übrigens seine Mitgliedschaft in der SAP verschwieg oder sogar verleugnete). 1936 lebte er mehrere Monate als norwegischer Student in Berlin, um den Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft zu unterstützen. Für die SAP ging er 1937 als Berichterstatter nach Spanien. Mit dem Einmarsch der Deutschen in Norwegen 1940 geriet er kurzzeitig in norwegischer Uniform in Kriegsgefangenschaft, konnte aber im Juli 1940 nach Stockholm flüchten. Dort bildete sich ein internationaler Arbeitskreis, die sogenannte „Kleine Internationale“, deren Sekretär Brandt wurde. Dabei waren der spätere österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky, die spätere Außenminister Schwedens (Torsten Nilsson) und Norwegens (Halvard Lange) und die schwedischen Wissenschaftler und Politiker Alva und Gunnar Myrdal. Lange war es, der Brandt 1945 nach Deutschland entsandte. Myrdal versuchte, allerdings vergeblich, Brandt zur Wirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen nach Genf zu holen.

Brandt, dem Vaterlosen – er weigerte sich auch später, nachdem ihm Martha Frahm den Namen des Hamburger Buchhalters John Möller genannt hatte, diesen zu sehen – wuchs in seinem Leben „geistige Väter“ und Vorbilder zu. Vor allem mit Julius Leber, dem Lübecker Parteivorsitzenden und Reichstagsabgeordneten, dem Chefredakteur des „Lübecker Volksboten“, verband ihn „eine Art Vater-Sohn-Komplex“ (Brandt). Im Exil stand ihm der SAP-Vorsitzende Jacob Walcher nahe, und im Nachkriegs-Berlin wurde er der „junge Mann“ des überragenden Bürgermeisters Ernst Reuter: „Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!“

Als Fünfzehnjähriger schrieb Frahm Artikel im „Volksboten“, die gedruckt wurden, die aber den Zorn Lebers und der Lübecker Sozialdemokratie hervorriefen. Der Vorsitzende der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ – eben Frahm – trennte sich schließlich von seiner Partei, die er nach dem Preußen-Putsch von Papens als „kampfesunfähig“ kritisierte. Er verfasste illegale Flugschriften, geriet in akute Gefahr und floh Anfang April 1933 mit einem Fischerboot über die Ostsee, um anstelle des verhinderten Paul Frölich im Auftrag der SAP ein Büro in Oslo zu eröffnen. Von diesem Zeitpunkt an nannte sich der Neunzehnjährige mit seinem Kampfnamen: Willy Brandt.

Julius Leber, sagte Brandt später, war „einer unserer Besten“. Zeit seines Lebens verehrte Brandt den Mann, der – von SA-Schlägern schwer verletzt, im Gefängnis geschunden und am Reden gehindert – vor 15 000 Menschen am 19. Februar 1933 auf dem Lübecker Burgfeld nur das eine Wort rief: „Freiheit!“ Der „linke“ Jungsozialist Brandt verglich sich später mit dem nach gängiger Einteilung „rechten“ Sozialdemokraten Leber, dem Wehrpolitiker in der SPD-Reichstagsfraktion, nachdem sie beide in ähnlicher Weise „Anstoß an der Betulichkeit der parteioffiziellen Straßenbahnlinie“ (Brandt) genommen hatten. Am Tag der Machtübernahme durch die NSDAP – als Leber zusammengeschlagen wurde – versuchte Brandt in Lübeck einen Generalstreik in Gang zu bringen, wurde aber vom Gewerkschaftsvorsitzenden mit den Worten abgewiesen, ein Streik sei jetzt „streng verboten“.

Lebers kritische und selbstkritische Schrift aus dem Gefängnis über die „Todesursachen der deutschen Sozialdemokratie“ waren eine Abrechnung mit der Halbherzigkeit und bedrückenden Temperamentlosigkeit des eigenen politischen Lagers „bis an die Grenze zur Bewußtlosigkeit vor Ekel und Leid“ (Brandt). Der Widerstandskämpfer, der als stärkster Gegenspieler des Nazi-Henkers Freisler galt und der Innenminister einer neuen deutschen Regierung nach Hitler werden sollte, wurde vom Volksgerichtshof 1944 zum Tode verurteilt und im Januar 1945 hingerichtet. Noch im Juni 1944 hatte er, allerdings vergeblich, Kontakt zu Brandt gesucht.

Der junge Brandt brach in Lübeck mit Leber und der SPD, wie es viele Jungsozialisten im damaligen Deutschen Reich taten. Aber Lebers Lebensweg blieb ihm Vorbild – er nannte ihn später einen „Ehrenretter unserer Nation“ – und wurde ihm zur entscheidenden Lehre, die er nie wieder vergessen sollte. In Brandts Worten: „Der Kritiker der Lust an der Ohnmacht lehrte (uns) das Verständnis der Macht ohne Unmoral“.

Mit Jacob Walcher verband Brandt viele Jahre der Wunsch nach einem kraftvollen Kampfesbündnis der Arbeiterbewegung, also von Sozialdemokraten und Kommunisten. Brandt war nie Kommunist, er wurde nie zum Dogmatiker. Schmerzvoll und ein bisschen neidisch sagte Herbert Wehner später, Brandt sei „von schweren Brüchen verschont geblieben“. Rückblickend erkannte Brandt: „Daß die KP so viel Zulauf fand, hatte mit dem Kleinmut derer zu tun, mit denen sie konkurrierte“. Wie viele linke Intellektuelle hatte auch der

junge Brandt seine Illusionen über die moralische Kraft des internationalen Kommunismus längst verloren, nachdem deutschen Kommunisten der Kampf gegen die SPD wichtiger gewesen war als der Kampf gegen den Faschismus, nachdem im Spanischen Bürgerkrieg die Komintern Abweichler und Trotzkisten zu Tausenden ermorden ließ nach den Stalinschen Säuberungen und vor allem nach dem „Hitler-Stalin-Pakt“: Im Widerstand hoffte er dennoch auf eine „Volksfront“ als starkes Bündnis gegen Hitler und beim Aufbau eines neuen Deutschland. Natürlich durchschaute er die Verlockungen der kommunistischen Bündnispolitik, ging aber nicht soweit, wie etwa Kurt Schumacher, der die Einheit der Arbeiterbewegung forderte, aber nur unter demokratischen Vorzeichen und innerhalb der Organisation der SPD.

Jacob Walcher, der das SAP-Exil in Paris angeführt hatte, entschied sich im Gegensatz zu Brandt für die totalitäre Variante. So trennten sich die Wege von Walcher und Brandt noch vor Ende des Krieges. Walcher, der von Paris in die USA geflüchtet war, kehrte 1947 nach Ostdeutschland zurück, fand in der SED der DDR seine politische Heimat und wurde Chefredakteur der Zeitschrift „Tribüne“. Brandt dagegen ging nach West-Berlin und wurde dort mit Ernst Reuter zum von der SED angefeindeten „Kalten Krieger“ im Frontstadtkampf. Walcher wie Reuter waren übrigens Gründungsmitglieder der KPD gewesen. Walcher leitete mit Pieck den Gründungsparteitag. Reuter fand über die USPD zur SPD, wurde Oberbürgermeister von Magdeburg (1931-33), wurde bis 1935 zweimal ins KZ gesperrt und ging nach dann ins Exil in die Türkei. Walcher wurde später ein Opfer der Säuberungen der SED und aller Funktionen enthoben. Seine Beziehungen zu Brandt, den er denunzierte, standen dabei im Mittelpunkt.

Ich habe den Regierenden Bürgermeister – der er erst nach mehrmaligen Niederlagen gegen die von Franz Neumann geführte Linke in der Berliner SPD und auf dem Umweg über den Präsidentenstuhl im Berliner Abgeordnetenhaus wurde – als junger Student in West-Berlin erlebt, jedes Wochenende mit der RIAS-Sendung „Wo uns der Schuh drückt“ und auf den großen Freiheitskundgebungen vor dem Reichstag und dem Schöneberger Rathaus. Damals war Brandt in Berlin längst ein anerkannter politischer Führer. Unvergessen blieben seine Aktionen nach dem Ungarn-Aufstand, als es dem Parlamentspräsidenten als Einzigem in der politischen Führung der Stadt am 5. November 1956 gelang, die Berliner Freiheitsdemonstranten vom Sturm auf das Sowjetische Ehrenmal abzubringen.

Ähnlich erging es ihm nach dem Bau der Mauer am 13. August 1961 während eines Bundestagswahlkampfes, als er erstmals sozialdemokratischer Spitzenkandidat war. Als die amerikanischen und sowjetischen Panzer sich am Checkpoint Charlie gegenüberstanden, wurde die aktuelle Kriegsgefahr allen sichtbar. Weder die USA noch die UdSSR wollten einen Krieg um Berlin führen, aber sie hatten auch keine weltpolitische Lösungsperspektive. Der Berliner Bürger-



meister wurde zum Weltinnenpolitiker: Aktuell musste er die Empörung der Berliner dämpfen und politische Fanatiker auf allen Seiten im Zaum halten, längerfristig musste er als Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat neue Ziele ausgeben. Aus Tatenlosigkeit, Wut und Ohnmacht der deutschen Politik entstanden bei Brandt und Egon Bahr in dieser Zeit die Strategien einer neuen außenpolitischen Beweglichkeit: „Wandel durch Annäherung“. Der „Kalte Krieger“ Brandt wandelte sich mit den weltpolitischen Realitäten und wurde zum international vorbildlichen Entspannungspolitiker. Diese neue Strategie konnte er dann als Außenminister in der Großen Koalition 1966 und als Bundeskanzler nach 1969 umsetzen.

Hier zeigt sich am deutlichsten die Wandlungsfähigkeit des Politikers Brandt, der nie Dogmen verhaftet war und sich und seine Strategien an veränderte Realitäten anpassen konnte. Gewandelt hatte sich bereits der radikale Jungpolitiker der Sozialistischen Arbeiterpartei, der in den dreißiger Jahren in der Umgebung der reformistischen Sozialdemokratie Norwegens und Schwedens zum pragmatischen Realisten mutierte. Ohne diese Erfahrung hätte der spätere Berliner Bürgermeister den politischen Alltag wohl kaum meistern können.

Wir Jungen protestierten gegen die unserer Meinung nach autoritäre und antiparlamentarische Konstruktion der Großen Koalition Brandts mit Kiesinger und Strauß in Bonn, gegen die Notstandsgesetzgebung und die Restauration des Adenauerschen Staates durch eine verbürgerlichte SPD, vor allem aber gegen den grausamen Krieg der amerikanischen Schutzmacht Berlins in Vietnam. Der Ein-

Willy Brandt auf Wahlkampf-Tournee im Kreis Steinburg in den 1960er Jahren. (Horster Ortsarchiv)

satz von Giftgasen und Sprengsätzen gegen die Zivilbevölkerung des Landes erschien uns als „Völkermord“:

Wenige Jahre nach der Weltkriegsdrohung der Kuba-Krise und der internationalen Bewunderung für die neue Politik des Präsidenten Kennedy wurde amerikanische Politik zum leicht entzündbaren Konfliktstoff, der uns innerhalb der SPD und vor allem in der Frontstadt West-Berlin in tiefen Gegensatz zur offiziellen Politik brachte. Als Sprecher des Sozialdemokratischen Hochschulbundes hatte ich dabei eine führende Rolle übernommen, wurde persönlich mit Parteiausschluss bedroht, dem Verband sollte der Name entzogen werden. In dieser Zeit warb Günter Grass um Unterstützung seiner Sozialdemokratischen Wählerinitiative mit den Schriftstellern und Autoren Siegfried Lenz, Golo Mann, Arnulf Baring und Günter Gaus. Wir saßen lange zusammen in der Steglitzer Wohnung von Grass, aber wir konnten uns zu diesem Schritt nicht durchringen.

Es ist vor allem Willy Brandt zu danken, wenn damals fast eine ganze junge Generation nicht politikmüde und –abstinent geworden ist. Parteiausschlüsse und Namensentzug wurden unter seiner Verantwortung zurückgenommen. Die Entspannungspolitik, die Idee von der Überwindung des dichotomischen Gegensatzes von West und Ost in der Welt, war eine Vision, für die sich wieder zu kämpfen lohnte. Die „Verräter“ im Bundestag, die mit dem Mandat zum politischen Gegner übergelaufen waren und jetzt das Misstrauensvotum gegen Brandt herbeiführten, mobilisierten ungewollt die beispiellose Volksbewegung „Willy wählen“: Mit der Parole „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ hatte der erste sozialdemokratische Bundeskanzler ohnehin die antiautoritäre Generation für sich gewonnen. So, wie der Parteivorsitzende Brandt später auch die Abkehr der Friedensbewegung von der SPD verhindern konnte.

Zu den versprochenen „inneren Reformen“ – Mitbestimmung, Vermögensbildung und Bodenreform – fehlte der Regierung allerdings die Kraft. Besonderen Zorn und Empörung löste der sogenannte „Radikalenerlass“ von 1972 aus, der Versuch, Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei aus dem Öffentlichen Dienst zu entfernen oder fern zu halten. Die Kommunistenhysterie hing zusammen mit der Angst vor dem aufkeimenden Terror der RAF – und die Regierung wollte auch hier handlungsfähig erscheinen. Brandt und Wehner, die jetzt kommunistische Lokführer zu Todfeinden des Staates erklärten, hätten nach diesen Prinzipien nie werden können, was sie wurden.

Brandt hat später seinen Fehler anerkannt und zu korrigieren versucht. Damals wollte die schleswig-holsteinische SPD unter Jochen Steffen den Beschluss, der in der Hamburger SPD initiiert worden war, innerparteilich verhindern und unterlag. Erst Jahre später konnten die Beziehungen zu den Hamburger Sozialdemokraten wieder hergestellt werden.

Zur Groteske der deutschen Nachkriegsgeschichte geriet die Rolle der DDR-Regierung beim Rücktritt Brandts als Bundeskanzler: Der gleiche Staatssicherheitsdienst, der sich nach Andeutungen

des Generals Markus Wolf rühmte, das Misstrauenvotum gegen den Kanzler Brandt durch Abgeordnetenbestechung verhindert zu haben, war Dienstherr des Günter Guillaume, der sich als rechter Sozialdemokrat bei Brandt angebedert hatte und dessen Enttarnung nun zum Rücktritt führte. Die DDR-Regierung, die durch die Entspannungspolitik international aufgewertet worden war, setzte einen ihrer besten Spione gegen Brandt ein, während sich dieser mit dem sowjetischen Generalsekretär Breschnew zur Vorbereitung des Moskauer Vertrages traf. Solche Agentenkrimis waren Blüten des Kalten Krieges und wohl nur in Deutschland möglich.

Willy Brandt hat auch als Norweger über nichts mehr nachgedacht und publiziert, als über das Nachkriegsdeutschland und das Nachkriegseuropa. Vom ersten Tag in Oslo an beschäftigte sich der Neunzehnjährige in unzähligen Reden und Aufsätzen, Denkschriften und Büchern mit der Frage, was nach Hitler kommen sollte. Bereits 1941 appellierte er, eine „Zerstückelung Deutschlands“ zu verhindern.

Eine Zeitung würdigte ihn kürzlich: „Anders als viele Emigranten war Brandt nach der Flucht aus Deutschland kein ‘Luftgeist im Nirgendwo’. Niemals gehörte er zu den Exilanten, denen die Fremde nicht Heimat, aber die Heimat Fremde geworden war.“⁴

Sein Trachten war nach 1945 konsequent darauf gerichtet, die deutsche Spaltung zu verhindern. In diesem Sinne nahm er Einfluss als Vertreter der norwegischen Regierung, als Berliner Vertreter Kurt Schumachers, als Gesprächspartner alliierter und deutscher Behörden. Kurz nach dem Mauerbau sprach er vor dem Berliner Abgeordnetenhaus davon, dass „zusammenwachsen werde, was zusammengehört“ – ein geflügeltes Wort, das er erst wiederholte am Tag, nachdem die Mauer gefallen war.

Brandt scheute die Tränen nicht am Abend des 9. November 1989, als er die Nachricht erhielt – so berichtet es Hans-Jochen Vogel. In den darauf folgenden Tagen war er entsetzt über Kleinmut und Unverstand sozialdemokratischer Politiker, die die historische Tragweite der Entwicklung nicht einzuordnen wussten. Dies gilt übrigens auch für Äußerungen seines Freundes Günter Grass. Brandt selbst zog durch die Städte Ostdeutschlands wie ein Volkstribun. Der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung, so schreibt sein Biograf Peter Merseburger, fehlte ein Lech Wałęsa oder ein Vaclav Havel: Brandt ersetzte diese Idole. Beinahe sentimental bekannte der Alte seine mütterliche Beziehung nach Klütz in Mecklenburg, von Lübeck aus habe er als Jugendlicher Rostock und Schwerin, Malchow und Güstrow bereist.

In seinen Erinnerungen schreibt er über ein Treffen mit dem 67jährigen Heinrich Mann im Oktober 1938 in Paris: „Die sieben Türme“; sagte der Schriftsteller mit Tränen in den Augen zu seinem Lübecker Landsmann, „werden wir wohl nie wiedersehen“. Die Lübecker Türme waren, als Brandt 1945 zurückkehrte, in Schutt und Asche gefallen, nachdem die Stadt am Palmsonntag 1942 einen konzentrierten Luftangriff erlebte.

⁴ Vgl. den Beitrag von Jacques Schuster in „Die Welt“ vom 13.1.2001.

Theodor Steltzer, der erste von den Engländern eingesetzte Oberpräsident Schleswig-Holsteins, ein Widerstandskämpfer, der knapp dem Tod entronnen war, und Gründungsmitglied der CDU – beide kannten einander aus Pariser Tagen – bat Brandt 1945, Lübecker Bürgermeister zu werden. Seine Parteifreunde in der Hansestadt unterstützten diese Bitte. Aber die Gedanken und Bestrebungen des Heimkehrers waren auf Deutschland gerichtet und so entschied er sich für Berlin.

Übrigens nahm Brandt teil an der Diskussion um die Länderneugliederung und führte eine eigene Variante ein: Während die Lüdemann-Regierung in Kiel ein Land Unterelbe mit Hamburg und Nordostniedersachsen wollte, und Kurt Schumacher dem neuen großen Nordrhein-Westfalen ein ebenso starkes Nordwestdeutschland gegenüberstellen wollte, plädierte Brandt für ein Zusammengehen Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns als Küstenland mit Lübeck als Drehscheibe. Dass die norddeutsche Kleinstaaterei uns ins 21. Jahrhundert begleiten sollte, und keine dieser Varianten Wirklichkeit wurde, verdanken wir nicht zuletzt dem Beharrungsvermögen der sozialdemokratischen Bürgermeister der alten Reichsstädte Hamburg und Bremen.

Willy Brandt hat bewiesen, dass in der Politik Visionen, Pragmatismus und Realismus zusammen geführt werden können. Brandt hatte dies in seinem verschlungenen Lebensweg gelernt und hat es weiter gegeben an Jüngere. Es ist notwendig, veränderte Gegebenheiten anzuerkennen, möglichst vorherzusehen, jedenfalls darauf zu reagieren, wenn man seine Ziele dabei fest in den Augen behält. So war Globalisierung für ihn kein Schreckgespenst, sondern Anreiz zu neuen Anstrengungen. Gefragt, ob nicht ein sozialdemokratisches Jahrhundert zu Ende gehe, antwortete er: „Solange auf der Welt Millionen von Menschen an Hunger sterben, kann die Idee nicht sterben“.

Und so sollten auch seine mahnenden Abschiedsworte an die Sozialistische Internationale als Aufforderung an eine demokratische Politik, die wandlungsfähig, aber zielbewusst zu sein hat, verstanden werden: „Unsere Zeit steckt, wie kaum eine andere zuvor, voller Möglichkeiten – zum Guten und zum Bösen. Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll“.

Willy Brandt starb am 8. Oktober 1992 in Unkel bei Bonn.